

Interpellation Dr. Dragan Najman, SD, Baden, vom 30. März 2010 betreffend Kündigung des Abkommens mit dem Kosovo über Kinderzulagen

Text:

In der AZ war zu lesen, dass die Schweiz das Abkommen über die Sozialversicherungen mit dem Kosovo per Anfang April gekündigt hat.

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung folgender Frage:

Gehe ich recht in der Annahme, dass diese Kündigung erfolgt ist, weil die Missbrauchsquote im Kosovo besonders hoch ist?

Begründung:

Es fällt auf, dass die Schweiz nur gerade im Fall Kosovo nicht mehr gewillt ist, Kinderzulagen in dieses Land zu überweisen. Ich kann mir das nur so erklären, dass die Missbrauchsquote in diesem Land besonders hoch ist. Ein weiterer Kommentar erübrigt sich wohl.

Erfreulich ist hingegen, was in diesem Artikel sonst über die Überweisung von Kinderzulagen ins Ausland zu lesen ist. In einige Länder (Polen, Portugal, Russland und Israel) werden nur 2/3 der normalen Kinderzulage von Fr. 200.- überwiesen, in andere Länder (ausser Bosnien-Herzegowina handelt es sich ausschliesslich um aussereuropäische Länder) nur 1/3. Begründet wird dieser Unterschied mit den niedrigeren Lebenskosten in diesen Ländern.

Diese heutige Regelung kommt mir irgendwie bekannt vor!

Sie deckt sich fast identisch mit Forderungen, welche die Schweizer Demokraten vor ca. 20 Jahren bereits gestellt haben. Wir forderten damals, dass die Kinderzulagen für im Ausland lebende Kinder entsprechend dem dort herrschenden Lebenskostenindex ausbezahlt werden sollten. Selbst die Begründung für die heute anscheinend praktizierte Abstufung nach den Lebenskosten ist dieselbe! Wir fanden, dass die Überweisung von gleich hohen Kindergeldern für im Ausland lebende Kinder diskriminierend sei für Eltern (schweizerische sowie ausländische), welche ihre Kinder in der Schweiz haben.

Da kann man nur sagen: Besser spät als nie. Wir Schweizer Demokraten sind es uns allerdings gewohnt, dass sehr oft unsere Vorstösse und Ideen von den Regierungsparteien in Bausch und Bogen abgelehnt werden, Jahre oder Jahrzehnte später aber dann doch eingeführt werden. Entweder können es die Regierenden in unserer Demokratie schlicht nicht zulassen, dass eine Idee der Schweizer Demokraten als gut empfunden und entsprechend angenommen wird, oder noch schlimmer, unsere Regierenden Jahrzehnte brauchen, um zu begreifen, was die Schweizer Demokraten seinerzeit eigentlich gewollt haben.
